

Gefestigt täglich monatlich Sonntags nur montags, Montags nur abends.
Monatspreis für Berlin:

75 Pf. monatlich
für das Haus, vierteljährlich 22.25
Abonnementpreis für auswärts:

monatlich 26.00, vierteljährlich 22.24

Unternehmenspreis für die Seite 40 Pf.
Zeitungsbogen und Gedichte... 30
Kleine Anzeigen: das Werk... 4
Das letzte Werbeblatt... 1

Redaktion: Berlinallee Straße 46/47.
Für den Verlag eingetragene Name ist über
nimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt
Abend - Ausgabe

Montag, 23. November 1908

Haupt-Expedition:

SW. Berlinallee 46/49

Telephon: 101 101-1018

Filiale: Brunnstr. 41, Kreuzbergstr. 2, Giebelstr.

Grunewaldstr. 21 u. 26, Grunewaldstr. 87,

Märkisches Ufer 10, Märkisches Ufer 10, 16, 17,

Borsigstr. 27 (am Wohlbing), 1. Auflage, 56/57,

Märkisches Ufer 3 (gegenüber d. Kriminal-

gericht), 102, Märkisches Ufer 69 (gegenüber

Kriminalgericht), 102, Märkisches Ufer 108,

Charlottenburg, Rautke 24, Pander-

Borsigstr. 1, Lichtenberg, Frankfurter

Grauer 120, Weiditzer, König-Georg-Gasse 16b.

Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag und Druck: Rudolf Moos, Berlin SW.**Der amerikanische Interview-Swindel.**

Wie ein Telegramm aus Karlsruhe vom heutigen Tage meldet, sind auf der Grube Mertenbach zur heutigen Freibohlung auf Zeile 5 von 510 Bergleute nur 58, auf Zeile 6 von 485 Mann nur 115 angefahren. Die Bergleute weigern sich anzufahren, weil sie den Grubenbetrieb durch Stützgale, die infolge eines Blasenbrandes aus den Abteilungen 1, 2, 3, 4 und 7 kommen, für gefährlich halten. Sie verlangen Sicherheitsmaßnahmen und die Beauftragung einer genügenden Anzahl von Rettungsapparaten sowie die Ausbildung von Mannschaften zu deren Handhabung. Demgegenüber erklärt die Direktion, daß der Betrieb durch Stützgale nicht gefährdet sei. Deren neue Rettungsapparate genügten bislang vorhanden und ausreichen Leute in der Handhabung von solchen ausgetrieben worden.

Man kann es den Bergarbeitern nicht verdenken, wenn sie in einer Grube nicht einfahren wollen, in deren Betrieb ihr Leben und ihre Gesundheit gefährdet sind.

Richter und Staatsanwälte
gegen den Minister.

Der umfangreich gegründete Verein jüdischer Richter und Staatsanwälte hat dieser Tage in Chemnitz seine erste öffentliche Tagung abgehalten und dabei eine Stellung gegen den jüdischen Finanzminister Dr. Rüger genommen. Es gehabt hier gegen Dr. Rüger, der als der Minister des jüdischen Reichslandes galt, als die Bevölkerung verfolgt, den Kampf verhandelt wurde. Dr. Rüger hat die von dem jüdischen Richter und Staatsanwälte in einer Petition gestellten Wünsche „unterstellt“, damit er und die Art und Weise der Agitation bestreitet, das er von einem Beamten soll, der Art und Weise der Agitation bestreitet, und nicht das Ideal entsprechen“ er.

Einstimmig wurde deshalb eine Erklärung angenommen, in der ausdrücklich wird, daß die Rekrutierungen des Ministers in ihrer Anzahl und Art, die von den jüdischen Richtern und Staatsanwälten vorgenommen werden, die Rekrutierung der Richter hätten, die den noch unzureichenden Sicherheitsmaßnahmen nicht entsprechen. Beiderseits seien sie ihrem Aufsatz nach zuversichtlich, daß die Sicherheitsmaßnahmen eingeführt werden. Die einzige Möglichkeit, dieser Allianz entgegenzuwirken, liegt in einem gemeinsamen Vorgehen Deutschilands und Amerikas, das rechtzeitig eintreten müsse. Soviel wurde Amerika in zehn Monaten mit dem Japanen zu kämpfen haben, und in Berliner diesen großen Krieges wurde England mehrere von seinen großen Kolonien verlieren, besonders die im Stillen Ozean. Alles, was er — Kaiser Wilhelm — bei dieser Katastrophe für Deutschiens in Aufbruch nehmen würde, sei Ägypten, doch würde er auch das Heilige Land und vom Hause des Ungläubigen betreten — womit der Kaiser jedenfalls den Sultan meinte.

Am Schluß der Interrogation erklärte der Kaiser angeblich, die Befreiung des Suez-Kanals würde Deutschland einen gewaltigen Vorprung im Kriege gewähren, und das Land sei bereit, von ihm im vollen Umfang Gebrauch zu machen.

Die Farben sind hier so dicht aufgetragen, daß der Schwindel für jedermann sofort erkennbar ist.

Ein liberales Geheimnis.

Vorlesestoffs wird gemeldet:
„In der Tagung des Parteivorstandes des Wahlvereins des Liberalen (freimaurischen) Vereinigung, die am Sonnabend und Sonntag im Reichstagssaal stattfand, wurde nach Erhaltung der Referate des Abgeordneten Gräfe über die allgemeine politische Lage, des Abgeordneten Raumann über die grundlegenden Fragen der Haushaltsumformung, des Abgeordneten Goebel über die einzelnen Steuerumformungen und des Abgeordneten Dr. Pachnicke über die preußische Steuerreform in einer eingehenden Weise die gesamte politische Lage des Reichs erörtert.“

Es wurde dabei namentlich die große politische Bedeutung der jüdischen Verbände für den verfallenen liberalen Prinzipalismus hervorgehoben. Die Stellungnahme zum Haushaltsumformung wurde als die wichtigste politische und wirtschaftliche Aufgabe für den entscheidenden Oberstaatsmann angesehen, der dabei alles daran setzte, um einen wesentlichen Fortschritt in der Durchführung seiner Ziele und Aufgaben zu erreichen.“

Man erfuhr aus dieser Artig nicht, wie sich die Fraktion der freimaurischen Vereinigung zu den einzelnen Steuerumformungen stellte. Das aber wäre viel wichtiger gewesen, als diese unbestimmt Erklärung.

Rusche oder Goldschmidt?

Im Wahlkreis Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf ist es zu einer Eingang in innerhalb der unterschiedlichen Parteien gefunden. Es halten zuerst zwei freimaurische Vertretervereinigungen geprägt, von denen eine demokratische und die anderen nationalsozialistische. Das Wahlamt schafft eine Wahlgemeinde, die aus demokratischen Landtagsabgeordneten Goldschmidt und dem demokratischen Abgeordneten Rusche besteht. Rusche ist ein Schiedsgericht, das an das von beiden Abteilungen, aus drei Abteilungen, bestehende demokratische Verbündete ist, während Goldschmidt ein demokratisches Landtagsabgeordneten ist. Das Schiedsgericht trat am Freitag in Biedenkopf zusammen und sah zu dem Urteil, daß seine beiden Vertretervereinigungen der gleichen Wahlgruppe in Pore statt gegen seitlich durchsetzen, unterstellt wurden. Der Vorstand war ein einheitlicher demokratischer Konsortium, der vor dem Wahlamt bestand. Der Abgeordnete Biedenkopf, ein Sohn, wurde vom Ministerium bestimmt, die Demonstranten zu beschützen. Der Großherzog ernannte später eine Deputation der Griechen. Ein Individuum verzerrte ein Fenster des Wagners des Ministers Biedenkopf. Der in demselben Wagen befindliche griechische Bischof wurde mißhandelt. Die Demonstranten wurden endlich von den Truppen gerettet.

Wahlmehrheiten in Konstantinopel.

Gestern mittag fand, wie aus Konstantinopel berichtet wird, zum Protest gegen verschiedene Schäden, bei den gegenwärtig dort vorgenommenen Parlamentswahlen eine große Volksversammlung vor der gleichen Kathedrale in Pore statt. Gegen mittleren Nachmittag tauchte auf dem Griechen-Stambul und dem Platz vor dem Vorstand vor der Stadt ein einziges Korso, ein Griech, wurde vom Ministerium bestimmt, die Demonstranten zu beschützen. Der Großherzog ernannte später eine Deputation der Griechen. Ein Individuum verzerrte ein Fenster des Wagners des Ministers Biedenkopf. Der in demselben Wagen befindliche griechische Bischof wurde mißhandelt. Die Demonstranten wurden endlich von den Truppen gerettet.

Der parlamentarische Schah.

Nach einem Telegramm des Außenministers aus Teheran soll dort in allen Moscheen eine Proklamation des Schahs angekündigt werden, in der es heißt: „Wir hatten versprochen, das Parlament zum 14. November einzubringen, und waren bereit, unser Wort zu halten; da aber Vertreter unseres Volkes uns haben wissen lassen und bestätigt bekommen haben, daß sie eine Konstitution haben wollen, und da unser ganzes Volk...“ und gebeten hat, das Parlament nicht einzurufen, so habe ich die Konstitution aufgehoben.“ Hierzu wurde für die Proklamation am 14. November folgendes: „Da Ihr die Einleitung eines Parlaments als eine Art von Forderung der Gewebe des Islam (S) erachtet habt, so sehtet wir von einem solchen Plan ab. Ein Parlament soll in Zukunft unter keinem Vorwand eingelegt werden.“ Dieser Erlass des Schahs bedeutet eine offene Auseinandersetzung gegen England und Russland, die dem Schah die Erneuerung des Parlaments zur Pflicht gemacht hatten. Es

fragt sich, ob nun beide Mächte energische Schritte unternehmen werden, um den Schah zur Einführung der Reform zu zwingen.

Ein Aufstand in China.

Auch ein Telegramm aus Washington berichtete der amerikanische Generalpostmeister Martin in Hankow dem amerikanischen Staatsdepartement, daß am Yangtze-Kiang ein Aufstand ausgetrieben sei, über dessen Ursache nichts bekannt wäre.

Eine neue Revolution auf Haiti.

In Kingston (Jamaica) sind Meldungen aus Haiti eingetroffen, daß dort eine Revolution ausgetreten ist in der Verwaltung lebendigen Generals Gouard ausgetrieben. Die Bewegung, die von Les Cayes ausging, breite sich über den ganzen Süden aus, dessen Bewohner einstimmig den Bezug des Präsidenten Alixis Nord und die Wahl Gouards forderten.

Wie ein Telegramm aus Port-au-Prince meldet, lädt die Regierung von Haiti die Stadt Les Cayes, von wo aus General Simon den Aufstand leitet, wieder. Truppen haben die Stadt eingenommen.

Algiers, 23. November. Nach einer Berliner Zuschrift der Köln. B.Z. in Hauptmann Streitwolt am 15. d. M. mit umfassenden Vorladungen von Gobabis (Deutsch-Sudostafrika) aufgebrochen, um die erste Einrichtung einer deutschen Verwaltung in der Kaprivipiste in Form einer Reichskommission mit dem Namen der Reichskommission für die Entwicklung und Unterhaltung der afrikanischen Schären.

Paris, 22. November. Das schwedische Königsparat ist heute nachmittag hier eingetroffen. Der Präsident Galliers veranlaßte ihm zu Ehren ein Diner.

Die Lehrer Groß-Berlins**und die neue Lehrerbildungsordnung.**

Gestern fand im Vereinsausbau der Berliner Lehrer eine Verhandlung der Lehrer Groß-Berlin statt. Es waren aus allen Vororten gegen 2000 Lehrer

erschienen, die bis zum Schluß der Versammlung ausschliefen und unter großer Beifall einstimmig folgende Resolution annehmen:

Die obige Verhandlung der Lehrer in Groß-Berlin beharrt auf das behauptete, daß die Novelle zum Lehrerbildungsgebot ihren bestehenden Hoffnungen und Wünschen nicht entsprochen hat. Das Gesetz kann auch in der Gestalt, die ihm die Kommission des Reichsverwaltungsrates vorgelegt hat, für die Lehrer in Groß-Berlin eine Verschärfung des Lehrerbildungsgesetzes herabsetzen, wie sie durch die wirtschaftlichen Bedürfnisse in Groß-Berlin geboten ist und anderen Beamten nutzlos werden soll.

Sie steht ausdrücklich fest, daß durch diesen Gesetzentwurf die von allen Seiten als höchst unerlaubt angesehene Forderung der Lehrer, die gleichzeitig mit dem Berwaltungsschreiber, nicht erfüllt, ja nicht einmal überall eingehalten ist, bewiesen ist, daß die Differenz zwischen den Gehältern dieser Lehrer und denjenigen der anderen Beamten nicht mehr bestehen darf.

Die Lehrer müssen jetzt wieder soziale Gleichheit ihres Standes ganz befriedigend förmlich empfinden, weil sie das öffentliche Leben mit jenen Beamten überall in die engste Bindung bringen.

Die Verhandlung wendet sich darum mit aller Entschiedenheit gegen jede durch die Vorlage herbeigeführte Herabsetzung des Dienstentgelts, die erfolgt:

1. durch das überaus niedrige Normalgehalt, dessen Erhöhung durch die Lehrer selbst, aber die Lehrzulagen für Groß-Berlin durchsetzt wird.

2. durch die Anrechnung nur eines Durchschnittsgehaltes der Mietsaufwands auf das Abgeholte.

3. durch den ganz ungrundrechter Wegfall der Bestimmung, die bisher den Lehrern ohne eigenen Haushalt den Bezug der Mietentschädigung ermöglichte.

4. durch das überaus niedrige Normalgehalt, das nicht nur jede Verminderung der Lehrerbildung in Groß-Berlin ausschließt, sondern über wesentlich erhöht.

2. solange die Gleichstellung mit den Berwaltungsschreibern nicht erreicht ist, für die Lehrer in Groß-Berlin die Anrechnung der Mietaufwands auf das Abgeholte.

3. durch den ganz ungrundrechter Wegfall der Bestimmung, die bisher den Lehrern ohne eigenen Haushalt den Bezug der Mietentschädigung ermöglichte.

1. ein Normalgehalt, das nicht nur jede Verminderung der Lehrerbildung in Groß-Berlin ausschließt, sondern über wesentlich erhöht.

2. solange die Gleichstellung mit den Berwaltungsschreibern nicht erreicht ist, für die Lehrer in Groß-Berlin die Anrechnung der Mietaufwands auf das Abgeholte.

3. durch den ganz ungrundrechter Wegfall der Bestimmung, die bisher den Lehrern ohne eigenen Haushalt den Bezug der Mietentschädigung ermöglichte.

4. durch die Anrechnung nur eines Durchschnittsgehaltes der Mietsaufwands auf das Abgeholte.

Die Verhandlung erlässt ausdrücklich, daß die Eröffnung der Lehrerbildung nicht allein im Interesse des Lehrerstandes stattfinden sollte, sondern im Hinblick auf das hohe wirtschaftliche Stellenwert der Lehrerbildung in Groß-Berlin und auf die Notwendigkeit einer stetigen Anteilnahme der Lehrerschaft an der sozialen Arbeit in den Gemeinden.

* * *

Neben dem auf diesen website in Lehrerkreisen bereits aktiver gewordenen Herr Lehrer Menzel in Berlin. In leichter Weise lädt er wohlhabende Lehrer, die nicht nah an der Siedlung liegen, zum sozialen Aufenthalt ein und auf ihre Nachfrage nach dem Lehrer Groß-Berlins. In den Raum einer Wohnung kann er bis zu 2000 Menschen aufnehmen. Wie er selbst weiß, daß bei der günstigsten Preise, bei dem Gesetz stehen mag 750 Lehrer in den Siedlungen einen Gehalt an barer Gehalt in 32 Dienstjahren von 2½ Millionen Mark haben. Es ist hier ein Beispiel hergehoben: Kapital zahlte heute bereits 250000 Mark, die Gehalt an 240 Mark und die Kosten bis 48 Mark.

Die Verhandlung erlässt ausdrücklich, daß die Eröffnung der Lehrerbildung nicht allein im Interesse des Lehrerstandes stattfinden sollte, sondern im Hinblick auf das hohe wirtschaftliche Stellenwert der Lehrerbildung in Groß-Berlin und auf die Notwendigkeit einer stetigen Anteilnahme der Lehrerschaft an der sozialen Arbeit in den Gemeinden.

Der Referent, sowie auch die Diskussionsredner einschließlich der Abgeordneten Gassel und Reichenbach wenden sich gegen den neuen Antrag in der Kommission aufgetauchten Antrag der konferierten Fraktionen, der die Ortszulagen bei den Lehrerstellen nicht zur Anrechnung gelangen lassen will. Dieser Antrag

